

daran, dass sie der palästinensischen Gesellschaft keine politischen Ergebnisse aus den Verhandlungen mit Israel vorlegen konnten.

Plädoyer für innere Reformen

Zuletzt: Arabische Verabredungen zu innenpolitischen Reformen kommen nur langsam voran, wenn sie nicht an der Argumentation scheitern, dass gemeinsam getragene Fortschritte an nationalstaatlichen Einzelinteressen scheitern. Auch in Jordanien sind reformorientierte Vorstöße auf erhebliche Zurückhaltung gestoßen, da – wie Muasher einräumt – die Gesellschaft nach wie vor statt aus politischen Parteien (mit Ausnahme der Islamisten mit ihrem Anhang in den Städten, wo das Versagen der Politik besonders stark empfunden werde) aus einem „Kollektiv von Einzelpersonen“ im öffentlichen Dienst, in der Bürokratie sowie mit einer Handvoll Geschäftsleuten an der Spitze besteht, die als „Wächter des Staates“ demokratische Veränderungen als Gefahr für ihren Einfluss ablehnen und deren Protagonisten als „Neoliberale“ unter US-amerikanischer Fernsteuerung diffamieren.

Zudem verschlinge der Militärhaushalt riesige Ressourcen, die anderswo dringend benötigt würden, was wiederum der Radikalisierung in Teilen der Bevölkerung Vorschub leiste – der übliche Teufelskreis. Die Entpolitisierung der jordanischen Gesellschaft spiegelt sich für den Autor in Meinungsumfragen wider, wonach 85 Prozent von der „Nationalen Agenda“ nicht einmal gehört haben wollten. Was mehr oder weniger übrig blieb, war ein unbefriedigender Kompromiss beim Wahlrecht.

Für Muasher steht das Fazit fest:

Ernstliche Bemühungen um durchgreifende innenpolitische Verbesserungen und um den Frieden zwischen Israel, den Palästinensern und der arabischen Welt müssen nicht vom Nullpunkt

aus starten, das Rad braucht dafür nicht neu erfunden zu werden. Was den Konflikt in Jordaniens westlicher Nachbarschaft anbelangt, verweist der Autor erneut auf die Arabische Friedensinitiative, die „Clinton-Parameter“ und die „Genfer Initiative“. Damit bekennt sich der Autor entgegen allen Unkenrufen zur Zweistaatenregelung. Zu wünschen bleibt also zweierlei: dass Marwan Muashers Mahnungen international auf fruchtbaren Boden fallen und dass sein empirisch abgestütztes politisches Bekenntnisbuch vor allem in der Region aufmerksam gelesen wird. Denn nur hier fallen die endgültigen Entscheidungen.

Reiner Bernstein

31.07.2009

mit einer Aktualisierung
